SPANIEN

Abkehr von der Mitte

Per SMS erging die Order an die Senatoren der Volkspartei (Partido Popular): Jeder solle unbedingt dem Auftritt des Vorsitzenden im kastilischen Valladolid beiwohnen. Doch trotz der eingeforderten „unabdingbaren Anwesenheit“ fehlten einflussreiche PP-Größen bei jener Veranstaltung, die als Beweis für die Unterstützung von Mariano Rajoy, 53, dienen sollte. Denn knapp zwei Wochen vor ihrem Parteitag stehen die Konservativen möglicherweise vor ihrer Spaltung. Im März hatte Rajoy, der vor fünf Jahren vom damaligen Ministerpräsidenten José María Aznar als Nachfolger bestimmt worden war, zum zweiten Mal die Parlamentswahl gegen die Sozialisten verloren. Dennoch will er sich als Führer der PP bestätigen lassen und 2012 als Spitzenkandidat antreten. Dabei gehen immer mehr Politiker aus der Aznar-Ära mit ihrer Kritik am Parteichef in die Öffentlichkeit. Bei einer Sitzung der Exekutive Montag voriger Woche musste sich Rajoy Mangel an Führungsqualität und „Verrat an den Prinzipien“ vorwerfen lassen. Die nahezu als Parteiheilige verehrte Vorsitzende der baskischen PP, María San Gil, entzog ihm ihr Vertrauen, da Rajoy sich künftig in der Anti-Terror-Politik mit Sozialisten und gemäßigten Nationalisten verständigen wolle. Denn eine der wichtigsten Leitlinien der konservativen Volkspartei, die vor allem das nationale, auf den spanischen Zentralismus pochende Bürgertum repräsentiert, war bislang der Kampf gegen die baskische Eta, der jeglichen Dialog ausschloss. Auch Aznar wandte sich mittlerweile von seinem einstigen Günstling ab. Hardliner berufen sich auf den ehemaligen Regierungschef und erwägen, auf dem Parteitag einen Gegenkandidaten zu präsentieren. Zumindest planen sie, Rajoy durch Massenenthaltungen bei der Wahl zum Parteivorsitz zu blamieren und ihn so zum Rücktritt zu nötigen. Eine neue Führung soll das Profil der Partei wieder schärfen, indem sie diese von der Mitte wegrückt und allein wirtschaftlichem Liberalismus und dem christlichen Humanismus verpflichtet.

RAFA RIVAS / AFP

San Gil, Rajoy

AP

JAPAN

Selbstmordserie mit Putzmitteln

Giftige Gase strömten aus dem Badezimmer, sie zogen durch die Wohnung, irgendwann meldeten die Nachbarn einen seltsamen Geruch. Wieder rückte die Polizei aus, wieder evakuierte sie Dutzende Bewohner, wieder fand sie eine Leiche inmitten von Putzmitteln und anderen Chemikalien, gemixt zu einem tödlichen Cocktail. Der Fall in der Hafenstadt Kanazawa vergangene Woche ist nur einer von vielen, die die Japaner derzeit erschüttern. Über 180 Menschen nahmen sich allein seit März durch Inhalieren von Schwefelwasserstoff das Leben – Blogger preisen diese Methode im Internet, um „schmerzlos zu sterben“. Bereitwillig geben sie Lebensmüden Tipps, wie sie handelsübliche Haushaltsreiniger mischen müssen, um giftige Dämpfe zu erzeugen. Es gehe wirklich ganz einfach, beteuert ein Besucher im Internet, wo sich junge Japaner zum gemeinsamen Selbstmord verabreden. Bislang setzten sie

TÜRKEI

„Rechtsstaat in Gefahr“

Der Istanbuler Verfassungsrechtler Mustafa Şentop, 39, über die neueste Gerichtsentscheidung zum Kopftuchverbot

SPIEGEL: Das Tragen des Kopftuchs an Universitäten bleibt weiter verboten, hat das höchste Gericht der Türkei entschieden. Die Richter haben die Reform von Premier Erdogan für verfassungswidrig erklärt. Ein politisches Urteil?

Şentop: Juristisch korrekt ist diese Entscheidung jedenfalls nicht. Das Gericht ist gar nicht befugt, sich mit dem Inhalt dieses Gesetzes zu beschäftigen. Es sollte lediglich prüfen, wie das Gesetz zustande gekommen ist – also ob es im Parlament die notwendige Mehrheit dafür gab.

SPIEGEL: Es hat also seine Kompetenzen überschritten?

Şentop: Absolut. Das Verfassungsgericht hat sich selbst verfassungswidrig verhalten. Dahinter steht politischer Druck.

SPIEGEL: Aber wer kann das Urteil noch anfechten? Eine höhere Instanz gibt es nicht.

TOLGA BOZOGLU / DPA

Studentinnen bei Pro-Kopftuch-Demo

Polizeieinsatz nach Suizid (in Konan)

sich häufig in Autos, verklebten die Fenster, zündeten einen Mini-Grill mit Holzkohle an und atmeten die Abgase ein. Japans Behörden sind alarmiert. Sie fordern Internet-Provider auf, Web-Seiten zum Thema Selbstmord zu löschen. Anders als in Europa ist der Suizid in Japan ein sozial akzeptierter Freitod – mit Stolz erinnern sich viele an die Samurai-Tugenden oder die Kamikazepiloten im Zweiten Weltkrieg. Rund 30 000 Japaner scheiden jährlich freiwillig aus dem Leben. Vor allem nach der Wirtschaftskrise der neunziger Jahre stieg die Zahl der Suizide an; ein Buch mit dem Titel „Anleitung zum perfekten Selbstmord“ verkaufte sich über eine Million Mal. Immer wieder geraten im Tokioter Nahverkehr die Fahrpläne durcheinander, weil sich Lebensmüde vor den Zug werfen: bankrotte Geschäftsleute, gemobbte Angestellte, gehänselte Schüler. Bevor sie in den Tod springen, ziehen viele ihre Schuhe aus – ganz wie zu Hause – und stellen sie auf dem Bahnsteig ab. Sie wollen das Paradies nicht beschmutzen. Doch die neue Methode, sich mit Hilfe von Chemikalien das Leben zu nehmen, gefährdet auch andere, vor allem die Nachbarn. In einigen Fällen brachten Selbstmörder ungewollt auch Verwandte um, die zu ihrer Rettung herbeigeeilt waren. Immerhin hat sich unter den Todeswilligen jetzt die Gepflogenheit eingebürgert, ein Schild an der Wohnungstür anzubringen: „Vorsicht! Gas!“

Şentop: Theoretisch könnte das Parlament einen verfassungswidrigen Richterspruch annullieren. Aber das türkische Parlament ist gelähmt. Schließlich schwebt über jener Partei, die den entscheidenden Einfluss auf die Gesetzgebung hat, ein Verbotsverfahren: der AKP von Premier Erdogan.
SPIEGEL: Rechnen Sie mit einem Verbot der Regierungspartei?
Şentop: Nach dieser Entscheidung können wir fast davon ausgehen. Denn die Kopftuchreform gehört ja zu den wichtigsten Gründen, warum die AKP verboten werden soll. Allerdings sind seit der Gründung des Verfassungsgerichts 1961 bei uns 26 Parteien verboten worden. Und die meisten sind nach solchen Interventionen erstarkt.
SPIEGEL: Sehen Sie die Demokratie in Gefahr, wenn sich die Richter über den Willen des Gesetzgebers hinwegsetzen?
Şentop: Ich sehe auch den Rechtsstaat in Gefahr, denn eine echte Gewaltenteilung findet bei uns nicht mehr statt. Wir steuern geradewegs auf eine Juristokratie zu: auf eine Herrschaft der Richter.

THAILAND

Angst vor dem nächsten Putsch

Demonstranten blockieren die Zufahrt zur Makkhawan-Rangsan-Brücke und verursachen ein Verkehrschaos in Bangkok; die Opposition fordert den Rücktritt des Ministerpräsidenten Samak Sundaravej; ständig werden Putschgerüchte geschürt: Die Generäle, die schon einmal – im September 2006 – die Macht an sich gerissen hatten, könnten erneut zuschlagen, glauben Beobachter in Bangkok. Der zweithöchste General des Landes, Generalleutnant Prayuth Chan-ocha, wurde kürzlich sogar von einer Europareise zurückbeordert; der Befehl kam offenbar von Thailands Armeechef persönlich. Allein die Gerüchte über eine mögliche Rückkehr zur Militärdiktatur reichten aus, der wegen des hohen Ölpreises ohnehin angeschlagenen thailändischen Wirtschaft Schaden zuzufügen. Analysten sprechen schon von einer Stagnation. Auslöser der Unruhen sind Pläne der Exekutive, die Verfassung zugunsten einer starken Regierung zu ändern und eine Kommission abzuberufen, die die Amtszeit des vor zwei Jahren abgesetzten Premiers Thaksin Shinawatra kritisch bewerten soll. Die Opposition wittert darin den Versuch, den Politiker und Milliardär reinzuwaschen und seine Rückkehr an die Macht zu ermöglichen. Thaksin gilt als heimlicher Herrscher der amtierenden „Partei der Volksmacht“, die vor einem halben Jahr mit großem Vorsprung die Parlamentswahl gewonnen hatte. Die Aktivisten, die jetzt Teile der Hauptstadt lahmlegen, sind die gleichen, die 2006 so vehement gegen Thaksin protestiert hatten: die Anhänger der Oppositionspartei „Volksallianz für Demokratie“.

WASON WANTCHAKORN / AP

Protest gegen die Regierung in Bangkok

EUROPA

Sonderzug nach Straßburg

Ein Prestigeobjekt des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy scheint auf wenig Gegenliebe zu stoßen. Ab 1. Juli, wenn Frankreich für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, soll der luxuriöse Hochgeschwindigkeitszug Thalys erstmals die EU-Zentrale Brüssel mit dem Sitz des Europäischen Parlaments im französischen Straßburg verbinden. Regelmäßig nämlich müssen Heerscharen Brüsseler Beamter, Abgeordneter und Lobbyisten zu Sitzungswochen ins Elsass reisen – per Auto, Flugzeug oder mit einem „Eurocity“-Bummelzug. Den Frust der Betroffenen will Sarkozy durch den Einsatz der Hightech-Bahn mindern. Doch die Kundschaft ist nicht glücklich. Die Fahrt mit Thalys ist fast doppelt so teuer wie der Eurocity-Trip. Viele der Pendler kassieren eine Kostenpauschale – der Thalys aber frisst die nahezu auf, beim alten Zug bleibt einiges übrig, als Nebenverdienst. Das Schlimmste für verwöhnte Eurokraten aber ist der Fahrplan. Der langsame Eurocity fährt früh, der Reisende ist pünktlich zum Mittagsmahl am Ziel. Der Thalys fährt später, statt im Restaurant sitzen die Brüsseler mittags noch im Zug. Und da gibt es nur Fast Food.

JTB / SUPERBILD / INCOLOR

Hochgeschwindigkeitszug Thalys